



1. Mai am Marienplatz

INTERNATIONALER TAG DER ARBEITERBEWEGUNG - REIH DICH EIN!

Der Vorbereitungskreis 1. Mai (der Demonstration und Kundgebung am 1. Mai 2020 und die Demonstration am 1. Mai 2021 trotz Corona organisiert hat) möchte am 1. Mai ein unmissverständliches Zeichen gegen Waffenlieferungen und Aufrüstung „in die Welt hinaus“ schicken. Unser Herz schlägt für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Italien und Griechenland, die sich weigern Waffen zu transportieren. Ihnen wollen wir diesen Gruß aus München übermitteln!

Wir, der Arbeitskreis aktiv gegen rechts in ver.di München, unterstützen die Aktion.



Kolleginnen und Kollegen, meldet Euch bei uns, wenn Ihr Euch einreihen wollt.

Anmeldung: Ich nehme an der Tafelreihe am 1. Mai auf dem Marienplatz teil.

Name

Gewerkschaft/Betrieb

email

Telefon/Handy

Am 1. März fand in Berlin eine große ver.di-Mitgliederversammlung der Charité, Vivantes und Vivantes-Tochterunternehmen statt. Auf dem Höhepunkt der Versammlung waren ca. 230 Kolleg:innen anwesend. Im ersten Teil der Versammlung wurde die Streikbewegung im Sommer 2021 bilanziert und darüber diskutiert, wie die erkämpften Tarifverträge seitens der Beschäftigten kontrolliert werden können. In der Pause machten die Kolleg:innen ein Foto mit dem Transparent „Nein zum Krieg!“. Überall im Raum waren ebenfalls Transparente zu sehen wie: „Charité und Vivantes gegen Krieg und Kriegstreiberei!“ Die Berliner Krankenhausbewegung genügte sich jedoch nicht mit einem Bild. Folgender Antrag wurde mit eindeutiger Mehrheit angenommen und an alle ver.di-Mitglieder der Berliner Kliniken sowie an die ver.di-Bezirksfachbereichskonferenz weitergeleitet. Auch der ver.di-Bezirksvorstand München unterstützt die Erklärung voll und ganz und hat beim DGB München beantragt, dass der Beschluss am 1. Mai auf der Hauptbühne allen Kolleginnen und Kollegen vorgetragen wird.

Mehr Geld für die Pflege statt für Aufrüstung!

Wir schließen uns den folgenden Erklärungen vom DGB und von ver.di an:

„Der DGB ist als Teil der Friedensbewegung dem Einsatz für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung verpflichtet. Er lehnt Waffenlieferungen in Krisenregionen ab.“ **DGB-Pressemitteilung vom 14.02.2022**

„Die NATO fordert, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu steigern. Das wären weitere 30 Milliarden Euro im Jahr, die viel sinnvoller ausgegeben werden könnten: für Bildung und Gesundheit, sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr, Alterssicherung, ökologischen Umbau und internationale Hilfe. Eine Million Arbeitsplätze könnten damit finanziert werden.“ **Erklärung des ver.di Bundesvorstands im Mai 2018** und fordern:

- Keine Aufrüstung!
- Für Investitionen in Gesundheit, Bildung, Soziales und Klima statt in die Bundeswehr!
- Keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge unter dem Vorwand der Erhöhung der Rüstungsausgaben!
- Auskommende Finanzierung für die Unterstützung der vor Krieg und Despotie Geflüchteten.

Begründung:

Die Bundesregierung hat am 27. Februar angekündigt, dass die Bundeswehr 100 Milliarden Euro (100.000.000.000 Euro) Sondervermögen erhalten soll. Auch in den kommenden Jahren soll der Militärhaushalt über das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erhöht werden. Das Geld soll aus dem Bundeshaushalt 2022 bereitgestellt werden.

Diese Entscheidung wird versucht damit zu legitimieren, dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist. Als Berliner Krankenhausbewegung und ver.di-Mitglieder verurteilen wir den reaktionären Einmarsch von Russland aufs Schärfste.

Wir denken jedoch, dass die Aufrüstung keine Antwort darauf sein darf!

Die Investition von 100 Milliarden entsprechen 20 Prozent des jährlichen Bundeshaushalts. Zum Vergleich wurden im Jahr 2021 nur 24 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem investiert. Die Bundesregierung will somit im kommenden Jahr so viel in Aufrüstung investieren, wie die gesamten Ausgaben für Arbeit und Soziales im letzten Jahr 2021.

Nach zwei Jahren Pandemie und nach etlichen Streikbewegungen bekommt nur ein Teil der Pfleger:innen insgesamt eine Milliarde Euro Pflegebonus. Währenddessen werden über Nacht 100 Milliarden Euro Sonderausgaben für die Bundeswehr beschlossen. Von den 100 Milliarden Euro könnte man auch 200.000 Pflegekräfte mit einem Lohn von 4.000 Euro über zehn Jahr lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern.

**1. Mai 2022 9.45 Uhr Odeonsplatz Auftakt für die Demonstration
11 Uhr Marienplatz Kundgebung**

Mach mit beim Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München

Treffen jeden zweiten Dienstag im Monat

Kontakt ak-gegen-rechts.m@verdi.de Handy 0160 90 75 91 67

V.i.S.d.P: ver.di München, Arbeitskreis Aktiv gegen rechts, Hedwig Krimmer, Neumarkterstr. 22, 81673 München E.i.S.

